

# DEUTSCHER BUNDESTAG

Enquete-Kommission  
"Aufarbeitung von Geschichte  
und Folgen der SED-Diktatur  
in Deutschland"  
- Sekretariat -

53113 Bonn, den 14. Juli 1993  
Bundeshaus  
Telefon: (0228) 16-5195  
Telefax: (0228) 16-85023  
Tgb Nr.:  
(bitte bei Antwort angeben)

Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland"

Betr.: Protokoll der Sitzung der Berichterstattergruppe 4  
vom 01. Juli 1993, 11.00 Uhr

Bezug: Einladung vom 25. Juli 1993

Anwesend: Abg. Frau Dr. Wilms  
Abg. Weißkirchen (Vorsitz)  
Abg. Meckel  
Abg. Poppe  
Herr Prof. Dr. Jacobsen  
Herr Bode  
Herr Busemann  
Herr Finn  
Herr Lehmann  
  
Frau Dr. Jansen (Sekretariat)

## Punkt 1 der Tagesordnung:

Interessenschwerpunkte zu dem Thema "Deutschlandpolitik und internationale Rahmenbedingungen in den verschiedenen Phasen 1945-1989"

Die Schwerpunkte werden verabschiedet mit der Maßgabe, daß Herr Prof. Dr. Jacobsen zusammen mit Frau Dr. Jansen die Schlußredaktion vornimmt.

Hinweis: Letztere erfolgte am 02.07.1993; Reinschrift vgl.  
Anlage 1.

Punkt 2 der Tagesordnung:

- Fragenkatalog zu den Osteuropapodien
- Schwerpunkte für die Einleitungsstatements der Podiumsteilnehmer

Der Fragenkatalog sowie die Schwerpunkte, die in den fortlaufenden Text eines Briefes an die Podiumsteilnehmer zu integrieren sind, werden akzeptiert; Schlußredaktion wie oben; Reinschriften vgl. Anlage 2.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Anhörungen zur Deutschlandpolitik

Frau Dr. Wilms bemängelt, daß das Protokoll der Sitzung vom 23. Juni 1993 unter TOP 2 (Anhörung am 12./13. Oktober 1993) die verabredeten Einleitungsstatements von sachverständigen Kommissionsmitgliedern vor der Diskussion übergehe. Herr Poppe erinnert an seinen Vorschlag, nach dem Vortrag von Prof. Dr. Mahncke über das Berlin-Problem einen ergänzenden Kurzvortrag aus Ostberliner Sicht zu hören. Er schlägt Herrn Dr. Stefan Wolle vor, der allerseits (durch Frau Dr. Wilms nachträglich) akzeptiert wird.

Herr Wolle soll 15 Minuten referieren, danach sollen die drei sachverständigen Kommissionsmitglieder Prof. Dr. Soell und NN und NN je 10 Minuten zu Wort kommen. Danach Diskussion.

Am Nachmittag des 12. Oktober 1993 sollen nach den Vorträgen der Herren Graml und Loth (je 30 Minuten) keine Zusatzstatements abgegeben werden, doch sollen die Moderatoren darauf achten, daß in der ersten Diskussionsrunde möglichst nach dem Reißverschlußverfahren Redner aller Fraktionen/Gruppen im Verhältnis 2 : 2 : 1 : 1 : 1 zum Zuge kommen. Die Absprachen dazu erfolgen gruppenintern. Redezeit je Diskussionsbeiträger 5 Minuten.

Anhörungen 22.10., 29.10. und 02./03.11.1993:

Herr Abg. Meckel präsentiert eine Tischvorlage über die Gestaltung dieser Anhörungen. Er erläutert, sie gehe nicht allein von Beschlußlagen aus, sondern suche alle Veranstaltungen in einen Blick zunehmen und dem Ganzen eine innere Schlüssigkeit zu verleihen (Anlage 3 - mit Korrekturen!)

Die Diskussion ergibt, daß lediglich hinsichtlich der Anhörung 22. Oktober 1993 vorerst Einigkeit hergestellt werden kann. Dem diesbezüglichen Vorschlag Herrn Meckels wird bei den Kurz-Statements auf Wunsch von Frau Dr. Wilms der Name Dr. Gerhard Wettig hinzugefügt.

Frau Dr. Wilms kritisiert die inhaltliche Konzeption des SPD-Vorschlags in bezug auf die Anhörungen 29.10. und 02./03.11.1993, während Herr Prof. Jacobsen den gänzlichen Verzicht auf Expertenautoren bemängelt. Die Entscheidungen in der Sache müssen bis nach der Sommerpause vertagt werden.

Man einigt sich lediglich auf den Termin der Anhörung der Zeitzeugen: den 03. November 1993.

Hinweis: Nachträglich wurden dem Sekretariat als Zeitzeugen benannt

- seitens der SPD:

H. Schmidt, E. Bahr, E. Eppler, M. Meckel, E. Richter

- seitens der FDP:

H.G. Hoppe, W. Mischnik, U. Ronneburger.

Bei den Genannten soll während der Sommerpause angefragt werden, ob sie zu dem Termin 03. November zur Verfügung stehen. (Die von der CDU/CSU Benannten werden von der Fraktion selbst angefragt.)

*Janni*

Bonn, 6. Juli 1993

Schwerpunkte  
des Interesses der Kommission  
zu dem Thema

"Deutschlandpolitik und internationale Rahmenbedingungen  
in den verschiedenen Phasen 1945-1989"

- I. In bezug auf die internationalen Rahmenbedingungen interessieren vor allem
  1. die Deutschlandpolitik(en) der vier Mächte;
  2. die Auswirkungen der sicherheitspolitischen Lage;
  3. die politische, wirtschaftliche und militärische Stellung der beiden deutschen Staaten in ihrem jeweiligen Bündnis.
- II. Unter dem Aspekt von Kontinuität und Wandel richtet sich das Interesse in bezug auf die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik und der DDR in den verschiedenen Phasen der Teilungsgeschichte (40/50er Jahre; 60/70er Jahre; 80er Jahre) besonders auf
  1. Lageperzeptionen und Prioritätenbestimmung (kurz-, mittel- und langfristig);
  2. Zielkonflikte und ihre Widerspiegelung
    - bei zentralen Begriffen wie Nation, Freiheit, Demokratie, Wiedervereinigung, Staatsräson
    - in der Unterscheidung von kurz-, mittel- und langfristigen Aufgabenstellungen
    - in Erwägungen des Mitteleinsatzes;
  3. die damals und im Rückblick nach heutigem Kenntnisstand mögliche Einschätzung von stabilisierenden resp. destabilisierenden Auswirkungen der Deutschlandpolitik im Hinblick auf das Regime der DDR sowie von Möglichkeiten, Notwendigkeiten und Grenzen der innerdeutschen Kooperation und deren realitätsgerechter Beurteilung;
  4. Strategie und Taktik der Deutschlandpolitik (von Bundesregierung, Bundestag, Parteien, Organisationen, Verbänden, Gewerkschaften, Kirchen) angesichts des Mangels an demokratischer Legitimation der DDR-Führung sowie angesichts des Interessenunterschiedes zwischen der Bevölkerungsmehrheit und der Führung in der DDR und deren Versuche, diese Mängel auf der innerdeutschen Ebene zu kompensieren;
  5. die Bedeutung der Rechtslage Deutschlands für die Bundesregierungen 1949-1989;
  6. die Auswirkung der innerdeutschen Beziehungen auf das Selbstverständnis der Menschen in den beiden Staaten und ihr Verhältnis zueinander.

Bonn, 6. Juli 1993

Fragen für die Ostmitteleuropapodien, die die Kommission besonders interessieren

(Anhörung 12./13. Oktober 1993 in Berlin)

1. Welches waren nach Zielen, Motiven und Methoden die Hauptunterschiede zwischen dem Reformversuch von 1968 in der CSSR und Solidarność in Polen 1980/81?
2. Wie erklären sich die Unterschiede? Hatten der Prager Frühling und seine militärische Niederschlagung Folgen für das Denken der polnischen Opposition?
3. Welche Rolle spielten die Kirchen im Prager Frühling 1968 und in Polen 1980/81, und in welchem Verhältnis standen die Kirchen der CSSR und Polens während der 70/80er Jahre zu den Oppositionsströmungen ihrer Länder?
4. Welche unmittelbare Resonanz und welche langfristigen Folgewirkungen fanden der Prager Frühling und seine militärische Niederschlagung in der DDR?
5. Welche unmittelbare Resonanz und welche langfristigen Folgewirkungen fanden Solidarność und ihr Verbot 1980/81 in der Bevölkerung der DDR?
6. Wie gestaltete sich in den 70/80er Jahren das Verhältnis zwischen den Oppositionsströmungen in Polen, der CSSR und der DDR (Unterstützung, Zusammenarbeit, Austausch, Ermutigung, geistiger Einfluß), und gab es Beziehungen zur Opposition in der Sowjetunion?
7. Rechnete man in der CSSR nach der militärischen Niederschlagung des Pragers Frühlings und in Polen nach der Verhängung des Kriegsrechts mit Reaktionen des Westens? Hat der Westen diesen Erwartungen entsprochen?
8. Hat die Entspannungspolitik der 70er Jahre (z.B. der KSZE-Prozeß) Solidarność gefördert?
9. Wie dachten die polnische und die tschechoslowakische Opposition, wie dachten die Kirchen der CSSR und Polens über die DDR und die Bundesrepublik? Stellte sich ihnen die Frage, wie weit die deutsche Zweistaatlichkeit bzw. Teilung vereinbar sei mit den eigenen Prinzipien und dem nationalen Interesse des eigenen Landes?

10. Wie war das Verhältnis der polnischen und tschechoslowakischen Opposition in den 70/80er Jahren zu Westeuropa und zu den USA?
11. Welche Haltung nahm die polnische Opposition zur Sowjetunion ein, wie reagierte sie auf den neuen Kurs Gorbatschows?
12. Welche Haltung nahmen die polnische und die tschechoslowakische Opposition zum Status quo, zum Blocksystem und zur Blockkonfrontation ein?
13. Was hat die DDR gehindert, zum Ausgleich ihrer nationalen Schwäche ein besonderes Verhältnis zu ihren unmittelbaren Nachbarn CSSR und Polen ("Eisernes Dreieck") aufzubauen? Gab es ein diesbezügliches Interesse in der CSSR und in Polen?
14. Was hat die SED getan, um die politischen Reformbestrebungen in den sozialistischen Nachbarländern sowie deren Einfluß in der DDR zu bekämpfen?